

Minorité

(Pfund, Aliesch, Landolt, Revaclier, Schnider-Lucerne, Spoerry, Ziegler)

La minorité de la commission propose de transmettre la pétition au Conseil fédéral pour qu'il en prenne acte.

Ad 86.257**Motion der Kommission für soziale Sicherheit
Massnahmen zugunsten psychisch Kranker****Motion de la commission de la sécurité sociale
Mesures en faveur des malades psychiques****Wortlaut der Motion vom 8. April 1986**

Der Bundesrat wird beauftragt, folgende Massnahmen zu treffen:

1. Gestaltung von attraktiven Rahmenbedingungen für Arbeitgeber bei der Einstellung psychisch leidender und behinderter Arbeitnehmer durch Massnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung, des Steuerrechts und der Prävention im Rahmen der Arbeitslosenversicherung (Umschulung, Weiterbildung, Eingliederung) sowie durch die Gewährleistung einer kontinuierlichen Betreuung der eingestellten psychisch Kranken durch die vermittelnde Sozialberatungsstelle;
2. Entlastung der Personalversicherungsträger privater Unternehmen beim Eintritt von psychisch kranken oder behinderten Arbeitnehmern, die als schlechte Risiken gelten, z. B. durch die Möglichkeit der Rückversicherung bei einer staatlichen Versicherungseinrichtung;
3. bessere Koordination der Sozialversicherungsträger im Interesse der Behinderten, z. B. im Verhältnis von Arbeitslosen- und Invalidenversicherung;
4. Reform der Invalidenversicherung auch unter Berücksichtigung der unsichtbaren Behinderungsformen psychisch Leidender, die Schaffung existenzsichernder Renten, flexiblere Rentenabstufung und besseren Verfahrensschutz für die Betroffenen.

Texte de la motion du 8 avril 1986

Le Conseil fédéral est chargé de prendre les mesures suivantes:

1. Réalisation de conditions attrayantes pour les entreprises qui engagent des handicapés mentaux ou des patients psychiques, notamment en agissant dans les domaines de l'encouragement à l'économie, de la fiscalité et de la prévention en matière d'assurance-chômage (réadaptation, formation complémentaire, reclassement professionnel) et en garantissant aux employeurs que les malades engagés continueront à pouvoir bénéficier du soutien des services sociaux ou médico-sociaux placeurs;
2. Libération des charges d'assurances de personnes pour les entreprises privées qui engagent des patients psychiques ou des handicapés mentaux présentant des risques spéciaux, par exemple par le moyen d'une assurance complémentaire auprès d'un établissement d'Etat;
3. Meilleure coordination des assurances sociales dans l'intérêt des personnes handicapées, par exemple dans les relations entre assurance-chômage et assurance-invalidité;
4. Révision de l'assurance-invalidité qui admette la prise en considération des formes invisibles de handicaps dont souffrent les intéressés, création de rentes suffisantes pour vivre, création d'une échelle proportionnelle des rentes mieux adaptée au handicap, création de meilleures garanties de procédure pour les intéressés.

Leuenberger-Solothurn, Berichterstatter: Es handelt sich um eine Petition, die man hier und jetzt behandeln könnte. Wie Sie aber wissen, hat die Kommission für soziale Sicherheit beschlossen – wenn auch nur mit meinem Stichtenscheid –, aus dieser Petition eine Motion zu machen. Nun liegt die eigenartige Situation vor, dass der Bundesrat bis heute nicht dazugekommen ist, zu dieser Motion Stellung zu nehmen. Daher habe ich den Präsidenten des Rates ge-

ten, dieses Geschäft für heute von der Traktandenliste abzusetzen und es dann zu behandeln, wann es ursprünglich im Sessionsprogramm vorgesehen war, nämlich am Montag der 3. Sessionswoche. Es scheint, dass bis dahin der Bundesrat zu unserer Motion auch Beschluss gefasst und Stellung genommen haben wird.

Ein Wort noch: Falls der Bundesrat diese Motion als Postulat entgegennimmt, könnte es sein, dass sich die beiden Kommissionslager bis dahin auch auf das Postulat einigen. Wenn dann plötzlich alle für das Postulat sind, würden Sie eine sehr grosse Zeitersparnis feststellen können.

Ich bitte daher den Präsidenten nochmals, dieses Geschäft heute materiell nicht zu behandeln, weil eben der Bundesrat zur Motion noch nicht Stellung genommen hat. Ich bedaure das.

Präsident: Sie haben den Antrag des Kommissionspräsidenten gehört. Wird aus der Mitte des Rates ein anderer Antrag gestellt? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann werden wir dieses Geschäft auf später verschieben.

Ich muss aber in diesem Zusammenhang mitteilen, dass es immer schwieriger wird, eine sinnvolle Tagesordnung zusammenzustellen, wenn die Herren Bundesräte nicht verfügbar oder die angekündigten Geschäfte nicht handlungsfäh sind.

84.538

Interpellation Braunschweig**Europäischer Aufklärungssatellit.
Schweizerische Mitwirkung****Satellite européen de reconnaissance.
Participation de la Suisse**

Siehe Jahrgang 1984, Seite 1955 – Voir année 1984, page 1955

Diskussion – Discussion

Braunschweig: Ich danke für die Antwort des Bundesrates und vor allem auch für die grundsätzlich positive Aufnahme. In meiner Interpellation geht es um folgende Anregung: Könnte die Schweiz im Rahmen internationaler Verhandlungen bei der Bildung einer Verifikationsagentur mittels eines europäischen Aufklärungssatelliten mitwirken? Diese hätte in Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle eine Kontrollfunktion auszuüben.

Die Antwort ist allerdings etwas alt, wie es zu unserer Traktandenliste leider gehört; sie stammt vom 3. Dezember 1985. Ich nehme zuerst zu dieser Antwort Stellung. Anschliessend äussere ich mich zur seitherigen Entwicklung.

Zur Antwort vom 3. Dezember 1985: So sehr ich grundsätzlich für die wohlwollende Aufnahme des Vorschlages dankbar bin, hat es mich doch erstaunt und enttäuscht, dass der Bundesrat sehr abwartend reagiert. Er sagt, die Sache sei noch nicht spruchreif, man könne darüber noch nichts Endgültiges aussagen, man müsse abwarten. Bei diesem Projekt geht es um eine langfristige Aufbauarbeit, die Forschungspläne mit zahlreichen Abklärungen voraussetzt. Man kann nicht von heute auf morgen handeln. Deshalb bedaure ich, dass der Bundesrat nicht einen Schritt weitergehen kann, eine eigene Initiative entfaltet, selber einen Entwurf oder ein Modell auf den Tisch legt oder wenigstens daran arbeitet.

Für mich gehört diese Frage zum weiten Rahmen der Sicherheitspolitik. Wir wissen doch – das haben wir gestern von Herrn Delamuraz gehört –, dass bei der militärischen Landesverteidigung langfristig geplant werden muss und dass verschiedene Varianten ausgearbeitet werden müssen.

Wenn es um Fragen der Rüstungskontrolle geht, sollte dasselbe Denken vorhanden sein, man sollte auch hier langfristig planen, nicht nur abwarten, man sollte verschiedene Varianten vorbereiten und bereithalten.

Der Bundesrat macht darauf aufmerksam, dass die neutralen Staaten Europas den finanziellen und technischen Anforderungen nicht gewachsen seien. Für den technischen Teil bestreite ich das. Unser Land ist an europäischen Satellitenprogrammen beteiligt, und wir wissen, dass gerade Aufklärungssatelliten besonders fortgeschritten sind, und zwar auch in unserem Land. Ich habe diese Interpellation nicht aus dem hohlen Bauch heraus eingereicht; vorgängig habe ich mich bei der Firma Contraves durch die entsprechende Abteilung führen lassen. Die Schweizer Industrie ist in der Lage, einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Deshalb meine Frage: Warum sagt der Bundesrat fast etwas leichtfertig, das gehe technisch nicht, das gehe finanziell nicht? Hat er das abgeklärt? Sind Studien gemacht worden, oder war man gar nicht bereit, ernsthaft darauf einzutreten?

Ich habe mir eigentlich vorgestellt, dass der Bundesrat Kontakt mit der Privatwirtschaft aufnehmen würde, dass er beispielsweise eine Studiengruppe einsetzte, die diesen Gedanken aufnehmen und weiterverfolgen würde. In dieser Richtung ist leider nichts geschehen, oder es steht nicht in der bundesrätlichen Stellungnahme.

Die Antwort des Bundesrates – dabei bleibe ich – ist positiv, aber «papierig», ohne Feuer, ohne Leidenschaft und vor allem ohne Perspektive. Seit dieser Antwort ist einiges geschehen. Wenige Wochen, nachdem ich die Antwort erhalten hatte, hat Herr Staatssekretär Brunner, der sich glücklicherweise im Saale befindet, diesen Gedanken in verschiedenen Interviews aufgegriffen, wodurch diese Idee Publizität bekommen hat. Die zurückhaltende Antwort des Bundesrates einerseits, dann einen Monat später die Meinung des Staatssekretärs andererseits waren für mich erstaunlich. Hat hier eine Wandlung stattgefunden, oder wird auf der einen Seite mit einer leichten, auf der anderen Seite mit einer schweren Zunge gesprochen? In der Zwischenzeit war allerdings etwas Interessantes passiert: Unser Aussenminister hatte nämlich seinen österreichischen Kollegen empfangen, und offenbar hatte dieser die Idee des europäischen Satelliten für Aufklärungszwecke aufgegriffen. Darauf hat das politische Departement positiv reagiert. Ich stelle mir und Ihnen einige Fragen: Warum müssen wir immer abwarten? Warum überlassen wir jeweils den anderen die Initiative? Warum kann nicht auch von unseren Bundesräten ein Vorschlag ausgehen und in die öffentliche, vielleicht sogar internationale Diskussion geworfen werden? Warum diese Zurückhaltung, wenn wir etwas Wesentliches zu bieten haben?

In allerjüngster Zeit – wir haben das verfolgt – hat Bundesrat Aubert in Moskau den Vorschlag eines Inspektionsflugzeuges unterbreitet, der leider abgewiesen wurde. Glücklicherweise hat sich Herr Aubert – Pressemeldungen zufolge – nicht entmutigen lassen. Im ersten Anlauf hat sich die Idee nicht durchgesetzt, das ist eigentlich zu erwarten gewesen, damit müssen wir insbesondere in internationalen Verhandlungen, in denen es um Fragen des Vertrauens und der Abrüstung geht, rechnen. Bei solchen Verhandlungen müssen wir in Jahrzehnten rechnen. Ich ermutige den Bundesrat, weiterhin an solchen Vorschlägen dieser oder anderer Art festzuhalten und den Mut nicht zu verlieren, wäre aber dankbar, wenn ich dazu noch eine etwas konkretere Stellungnahme von Herrn Bundesrat Delamuraz bekäme.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Cet objet soulevé par M. Braunschweig ne ressortit pas à proprement parler à la compétence exclusive du Département militaire; il est plutôt objet du Département des affaires étrangères. Toutefois, il se trouve qu'en cette matière nos deux départements sont corapporteurs devant le Conseil fédéral et que je peux fort bien aborder la question que vous avez soulevée. Vous êtes surpris et déçu, Monsieur le Conseiller national, de la réserve du Conseil fédéral en cette matière. Ce n'est pas du tout que ce dernier se soit désintéressé de la ques-

tion et qu'il ne recherche pas obstinément tous les moyens de contribuer au contrôle des armements et à la construction de la paix. Toutefois, dans la conduite de sa politique dans ce domaine, il veut avant tout l'efficacité. Il doit être entendu des autres partenaires de la société internationale pour que ses propositions débouchent sur des réalités concrètes. Or, depuis le moment où le Conseil fédéral vous a répondu, la cause du satellite d'observation n'a pas progressé; au contraire, la vague d'espoirs que l'on pouvait avoir en lui s'est sensiblement apaisée et le désir de parvenir à une réalisation – il faut le dire – s'est atténué.

Le Conseil fédéral a préféré dès lors, au nom de l'efficacité – comme je viens de vous le dire – faire des propositions originales, afin de parvenir au but que nous nous sommes fixé par d'autres moyens. Ces autres moyens ont été essentiellement proposés par notre pays sous la forme d'un avion d'observation et de reconnaissance. En constatant qu'à la Conférence de Stockholm, qui était le cadre «réaliste» où les Etats discutent de ces problèmes, il est apparu que l'idée d'un avion appartenant à l'un des deux blocs ou à l'un des pays observés avait peu de chances d'aboutir, la Suisse, faisant preuve d'imagination, a proposé d'affréter un avion neutre à des conditions et des modalités qui auraient permis l'efficacité de cette observation. Cette proposition a semblé devoir être retenue à Stockholm pendant un certain temps puis elle a été finalement abandonnée. La Conférence de Stockholm s'est terminée – comme vous le savez – par l'acceptation d'un principe qui consiste à confier les vérifications au pays inspecté avec ses moyens, son avion et son équipage et, bien entendu, la présence d'observateurs étrangers pour accomplir la mission.

Nous pouvons donc dire finalement que l'idée du satellite n'est pas abandonnée; mais elle paraît beaucoup moins actuelle aujourd'hui que lors de votre interpellation. En revanche, si l'idée de l'avion d'inspection neutre n'a pas abouti, au moins avons-nous la satisfaction de constater aujourd'hui que la Conférence de Stockholm n'a pas été un échec, puisque, indirectement, notre proposition a conduit les partenaires de celle-ci à accepter un principe et à admettre la possibilité concrète de ces contrôles par l'avion du pays inspecté. Actuellement, Vienne prend le relais de cette conférence qui a duré deux ans et demi.

Präsident: Herr Braunschweig kann erklären, ob er von der Antwort des Bundesrates befriedigt ist. – Er ist teilweise befriedigt.

84.518

Motion Riesen-Freiburg Kriegsmaterialausfuhr. Gesetzesrevision

Motion Riesen-Fribourg Loi sur l'exportation du matériel de guerre. Révision

Wortlaut der Motion vom 26. September 1984

Aufgrund der letzten Entwicklungen im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Flugzeugen des Typs Pilatus PC 7, die eindeutig zeigen, dass diese Flugzeuge zu militärischen Zwecken verwendet werden, wird der Bundesrat eingeladen, unverzüglich folgende Massnahmen zu treffen:

1. Ein ab sofort wirksames Ausfuhrverbot für Flugzeuge des Typs Pilatus PC 7.
2. Die Revision des Kriegsmaterialgesetzes, die es verunmöglicht, dass
 - a. Material oder Fahrzeuge, die später für militärische Zwecke verändert werden können, exportiert werden;

Interpellation Braunschweig Europäischer Aufklärungssatellit. Schweizerische Mitwirkung
Interpellation Braunschweig Satellite européen de reconnaissance. Participation de la
Suisse

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	84.538
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.09.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1184-1185
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 631

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.